

Gegen den Rechtsruck – Für ein Europa der Solidarität

Die CSU nimmt Deutschland und ganz Europa in Geiselhaft. Für vermeintliche Vorteile im Landtagswahlkampf schüren Seehofer, Söder, Dobrindt und Co. Angst und Hass in unserem Land und nehmen achselzuckend in Kauf, dass das größte Friedensprojekt unserer Zeit – Europa – mit dieser Politik des Spaltens zu scheitern droht. Selbst historische Errungenschaften der Europäischen Union wie das Schengener Abkommen werden in Frage gestellt. Europa funktioniert nur in gegenseitiger Solidarität. In der politischen Auseinandersetzung kippt immer erst die Sprache ins Martialische, anschließend folgen die Taten. Heute spricht die CSU von „Asyltourismus“ und „Asylgehalt“ - diese Rhetorik ist alarmierend. Wer zudem von einer „Achse Berlin-Wien-Rom“ mit Rechten fabuliert und über einen Masterplan diskutiert, den seit Monaten niemand zu Gesicht bekommt, betreibt Effekthascherei, wie man sie sonst nur von RechtspopulistInnen kennt. Menschliche Schicksale werden von der CSU so zum Spielball der Politik gemacht.

Wir Jusos wollten diese Große Koalition nicht. Für uns ist aber dennoch eines klar: Der ausgehandelte Vertrag ist die Arbeitsgrundlage dieser Koalition und als diese akzeptieren wir ihn. Die CSU hingegen versucht die Punkte, mit denen sie in den langen Verhandlungsnächten des Winters gescheitert ist, über eine Hintertür in das Regierungshandeln zu tragen. Damit etabliert die CSU auch eine politische Kultur des Misstrauens, in der Absprachen und Verträge keinen Wert haben.

Die CSU setzt unverantwortlich vieles aufs Spiel: Die Koalition – was verkraftbar wäre –, vor allem aber die Zukunft Europas und nicht zuletzt die Menschlichkeit.

All das darf die SPD nicht stillschweigend hinnehmen. Politisches Handeln muss sich aus Haltung ableiten. Aus den Grundwerten der Sozialdemokratie in Verbindung mit dem Koalitionsvertrag ergeben sich für uns daher elf unverhandelbare Punkte in der Migrationspolitik:

1. Wir brauchen eine gesamteuropäische Lösung. Wir fordern eine Reform des Dublin-Systems, welche die dafür notwendigen Aufwendungen innerhalb der Europäischen Union fair verteilt. Staaten an den EU-Außengrenzen, insbesondere Italien und Griechenland, müssen deutlich entlastet werden. Die Nichteinhaltung getroffener Regeln muss hart sanktioniert werden. Zusatzvereinbarungen mit Kommunen zur Aufnahme von Geflüchteten stehen wir offen gegenüber.
2. Keine pauschalen Zurückweisungen an der Grenze. Jeder Einzelfall muss konkret geprüft werden. Das erfordert die Rechtslage.
3. Internierungslager für Geflüchtete lehnen wir ab – auch wenn sie Ankerzentren genannt werden.

4. Deutschland muss seine Pflicht aus dem Schengener-Abkommen erfüllen: Dauerhafte Grenzkontrollen darf es in Europa nicht geben. Die Verhältnismäßigkeit ist zu wahren. Die Zeit der Mauern und Zäune muss vorbei sein. Auffanglager für Geflüchtete außerhalb des Gebietes der Bundesrepublik lehnen wir ab. Deutschland kann die durch wirtschaftliche Dominanz hervorgerufene Krisen- und Armutsmigration nicht dauerhaft von Europa fernhalten.
5. Ein Asylverfahren darf maximal drei Monate bis zum ersten Bescheid in Anspruch nehmen.
6. Geflüchtete müssen schnellstmöglich dezentral untergebracht werden. Ein menschenwürdiges Wohnumfeld verhindert Konflikte und fördert gutes Zusammenleben. Wohnraumkonkurrenz muss durch zusätzliche Investitionen in den sozialen Wohnungsbau vermieden werden.
7. Der Zugang zum Arbeitsmarkt für Menschen mit Aufenthaltsgestattung muss vereinfacht werden. Betroffene dürfen nicht monatelang zum Nichtstun gezwungen werden.
8. Sachleistungen anstelle von Geld lehnen wir ab, da sie die gleichberechtigte Teilhabe an der Gesellschaft verhindern.
9. Die Kommunen müssen stärker finanziell ausgestattet werden, damit sie ein gutes Zusammenleben aller Menschen besser unterstützen können.
10. Die Mittel des UNHCR und des World Food Program müssen sofort so aufgestockt werden, dass humanitäre Mindeststandards in den Flüchtlingscamps gewährleistet werden können. Weiterhin muss es endlich humanitäre Visa und eine europäische Seenotrettung geben.
11. Fluchtursachen müssen bekämpft werden. Das 0,7%-Ziel bei der Entwicklungshilfe muss endlich erreicht werden. Waffenexporte sind zu reduzieren, um Konfliktherde nicht noch weiter zu befeuern. Langfristig müssen wir zu einem Weltwirtschaftssystem kommen, dass nicht nur durch Ausbeutung funktioniert. Faire Handelsabkommen sind ein erster Schritt in diese Richtung.

Auch wenn eine wirklich menschliche Migrationspolitik mit dem Koalitionspartner CSU nicht umsetzbar ist, sind diese elf Punkte unsere Mindestforderungen und als Konsequenz aus dem Koalitionsvertrag unverhandelbar. Sie sind nicht mehr und nicht weniger als die unverrückbare Rückzugslinie einer sozialdemokratischen Haltung in der Großen Koalition.